

Postulat Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL): Hochwasser: Der Blick nach vorn

Das verheerende Hochwasser der jüngsten Zeit hat gezeigt, wie verwundbar die nahe der Aare gelegenen Quartiere der Stadt Bern sind, Dalmazi, Marzili, Matte, Altenberg, Felsenau. Die materiellen, schlimmer noch die persönlichen unwiederbringlichen Verluste der Bewohnerinnen und Bewohner sind immens. Die Aufräumarbeiten sind im Gang. Der Blick zurück, Schuldzuweisungen, Besserwisserei bringen wenig.

Wichtig ist nur der Blick nach vorn. Es gilt bis zum nächsten Frühjahr die unmittelbar notwendigen organisatorischen Massnahmen zu treffen; langfristig ist wohl auch mit baulichen Massnahmen dafür zu sorgen, dass auch grosse Wassermengen der Aare nicht zu Überschwemmungen führen.

Wir bitten daher den Gemeinderat zu prüfen, wie kurzfristig

- ein Beratungsdienst einzurichten ist, der Hinweise für ein Schäden vermindernendes Nutzen der gefährdeten Lokalitäten sowie für eigene Schutzmassnahmen gibt,
- zusammen mit dem Kanton sichergestellt wird, dass ein frühzeitiges Erkennen möglicher Gefährdungen durch ein regional vernetztes Frühwarnsystem zusammen mit einem zentral organisierten Krisenmanagement sichergestellt werden,
- ein städtisches Alarmierungssystem aufgebaut werden kann, das nicht nur die anwesenden, sondern auch anderswo wohnhafte Personen, die gefährdete Lokalitäten nutzen, erreicht,
- durch entsprechende Verträge sichergestellt werden kann, dass geeignete Baumaschinen sofort einsatzbereit sind, um von der Aarstrasse aus die Schwelle von Schwemmholz zu befreien,
- die nötigen Hilfsmittel wie Sandsäcke in genügender Menge bereitzuhalten sind.

Weiter bitten wir den Gemeinderat zu prüfen,

- wie durch massvolle bauliche Änderungen an der Schwelle, kombiniert mit den oben aufgeführten organisatorischen Massnahmen, Überflutungen bei Hochwasser vermieden werden können
- welches die Auswirkungen des Entlastungsstollens, der in Thun 2007 in Betrieb genommen werden soll und von dem erstaunlicherweise behauptet wird, er führe nicht zu einer Mehrbelastung für Bern, für Bern tatsächlich sind,
- ob nicht verlangt werden müsste, dass der Thuner Stollen erst in Betrieb genommen wird, wenn sichergestellt ist, dass Bern nicht von negativen Auswirkungen betroffen ist.

Bern, 8. September 2005

Postulat Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer, GFL), Nadia Omar, Conradin Conzetti, Rania Bahnan Buechi, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Gabriela Bader Rohner, Anna Coninx, Erik Mozsa, Barbara Streit-Stettler, Peter Künzler

Antwort des Gemeinderats

Die Stadt Bern arbeitet seit den Hochwasserereignissen intensiv an der Entwicklung und Umsetzung konkreter Massnahmen zum nachhaltigen Schutz der betroffenen Bevölkerung und Quartiere. Wie an einer Medienkonferenz im Dezember 2005 dargelegt, werden dabei einerseits als Sofortmassnahmen unter anderem bis im Frühling 2006 die Interventionsabläufe der Einsatzkräfte optimiert, die Bereitstellung schwerer Fahrzeuge zur Entnahme von Schwemmholt sichergestellt, Kiesentnahmen im Schwellenmätteli und in der Felsenau durchgeführt und die Verfügbarkeit von Sandsäcken verbessert. Andererseits arbeiten die Fachleute intensiv an längerfristig wirksamen baulichen Schutzmassnahmen. Weil die dafür notwendigen Verfahren viel Zeit in Anspruch nehmen, können diese langfristigen Massnahmen jedoch frühestens ab dem Jahr 2008 realisiert werden.

Wie auch aus den nachfolgenden Erläuterungen hervorgeht, unternimmt die Stadt Bern sehr grosse Anstrengungen für die nachhaltige Verbesserung des Hochwasserschutzes und versucht dabei, allen betroffenen Interessen und Anforderungen gerecht zu werden.

Zu den einzelnen aufgeworfenen Fragen äussert sich der Gemeinderat wie folgt:

Beratungsdienst; Hinweise für eigene Schutzmassnahmen

Mit Schreiben vom Oktober 2005 wurden sämtliche vom Hochwasser betroffenen Adressaten über die Möglichkeit des Bezugs von Wasserwehrmaterial informiert. In diesem Schreiben wurde gleichzeitig auf die zentrale Ansprechstelle in der Berufsfeuerwehr verwiesen und wurden die wichtigsten Internetseiten und die schweizerischen Auskunftsstellen für Gebäudebesitzer aufgelistet. Die Stadt hat zudem auf ihrer Internetseite eine Rubrik Hochwasser eröffnet, die ebenfalls Hilfestellungen zur Thematik bietet.

Eine der unmittelbar nach dem Hochwasser vom August 2005 eingesetzten Arbeitsgruppen befasst sich ausschliesslich mit der Problematik „Objektschutz“. Sie sammelt Wünsche, Vorschläge, Hinweise etc. von Betroffenen zum besseren Hochwasserschutz an Liegenschaften. Ziel ist es, die Massnahmen aufeinander abzustimmen und in den Gesamtzusammenhang des Hochwasserschutzes zu stellen - dies unter dem Gesichtspunkt der Optimierung des gesamten Mitteleinsatzes.

Frühwarnsystem

Die Stadt Bern hat das Begehren für die Realisierung eines vernetzten Frühwarnsystems im Nachgang zum Hochwasser 2005 bereits mehrmals an den Kanton gestellt (u.a. Schreiben vom 20.12.05 an den Gemeindeverband des Kantons Bern sowie Schreiben vom 28.12.05 an die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Abteilung Naturgefahren).

Die kantonale Volkswirtschaftsdirektion teilt die Meinung, dass im Kanton Bern Verbesserungen in der Informations-, Mobilisierungs-, Warn-, Alarmierungs- und Interventionskette im Wassergefahrenbereich nötig und möglich sind. Die Polizei- und Militärdirektion wird dem Regierungsrat im ersten Quartal 2006 voraussichtlich einen entsprechenden Antrag unterbreiten und anschliessend eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines vernetzten Frühwarnsystems einsetzen. Die Stadt Bern wird mit der Berufsfeuerwehr Einsitz nehmen.

Bis wann erste Resultate vorliegen, kann heute aufgrund der Komplexität des Projekts nicht abgeschätzt werden. Erste Verbesserungen sind der Feuerwehr Bern jedoch von den verant-

wortlichen kantonalen Ämtern im Hinblick auf die Schneeschmelze auf Frühjahr 2006 in Aussicht gestellt worden: Die Frühjahrs-Schneedecke soll systematisch beobachtet werden und mit intensivem Monitoring sowie zusätzlichen Analysen soll sichergestellt werden, dass aussagekräftige Hochwasser-Prognosen den Interventionskräften und der Öffentlichkeit rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Alarmierungssystem

Bei Gefahr durch Hochwasser entlang der Aare erfolgt die Warnung der Bevölkerung grundsätzlich mit den Zivilschutzsirenen und dem Alarmzeichen „Allgemeiner Alarm“. Als alternatives Alarmierungsmittel zum Sirenenalarm bzw. zur Alarmierung und Information von ausserhalb der Sirenenbeschallung wohnhaften Personen und/oder Institutionen in gefährdeten Lokaltäten bietet sich das Mobilfunktelefon (SMS) an. Das Alarmierungs- und Informationssystem MIKADO, das seit 2005 bei der Stadtpolizei Bern erfolgreich im Einsatz steht, erfüllt die dafür notwendigen Voraussetzungen. Das System erlaubt eine quartierweise Erfassung der Mobilfunktelefonnummern von ausgewählten Personen zur Alarmierung bzw. Information mittels SMS. Entsprechende Vorarbeiten für das Erfassen der mittels SMS zu Alarmierenden sowie für das Aufschalten auf die Alarmierungsplattform der Stadtpolizei sind im Gang. Die Quartierleiste wurden informiert. Ziel ist es, mit der alternativen Alarmierung rechtzeitig vor der Schneeschmelze operativ zu sein.

Vertragliche Sicherstellung von Baumaschinen zur Schwemmholtzentfernung

Zurzeit wird mit der Firma Zaugg AG, Bern, ein Vertrag für eine rasche Verfügbarkeit eines spezifisch für die Schwemmholtzentfernung geeigneten Kranwagens sowie allenfalls zusätzlich notwendiger Baubagger erarbeitet. Er soll eine Pikettstellung bei aufkommender Gefahr sowie die rasche Verfügbarkeit der Baumaschinen regeln; dies im Rahmen der Interventionsmassnahmen der Feuerwehr-Einsatzleitzentrale der Stadt Bern. Für eine optimale Platzierung von Kränen und Baumaschinen werden zudem mehrere Interventionsplätze hergerichtet. Sowohl der Vertrag als auch die Interventionsplätze sollen bis spätestens Mai 2006 erstellt sein. Dazu folgt ein entsprechender Kreditantrag an den Stadtrat.

Bereitstellung von mobilem Wasserwehrmaterial

Bis Mai 2006 werden in den hochwassergefährdeten Quartieren oder in deren Nähe zentrale Depots mit abgefüllten Sandsäcken erstellt. Diese Vorsorgedepots umfassen 10 000 Sandsäcke. Für den raschen Nachschub steht ab gleichem Datum bei der Feuerwehr eine Sandsackabfüllanlage bereit. Im Rahmen einer Erhebung haben sich zudem viele private Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer sowie Institutionen in den hochwassergefährdeten Quartieren bereit erklärt, eigene Wasserwehrmaterialdepots einzurichten. Die Bestellungen umfassen mehrere tausend Sandsäcke und einige hundert Meter Bauplastik. Dieses Material wird im April 2006 durch die Feuerwehr ausgeliefert. Somit steht künftig Wasserwehrmaterial für einen umfassenden mobilen Hochwasserschutz zur Verfügung.

Bauliche Änderungen an der Schwelle

Als Sofortmassnahme soll eine Notentlastung der Mattenschwelle beim Inseli realisiert werden (Entfernung der untersten Schleusenelemente im Notfall), welche den Abfluss des Schwemmholtzes ermöglicht.

Im Rahmen der mittel- und langfristigen baulichen Massnahmen werden in Zusammenarbeit mit Energie Wasser Bern Massnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit der Matte-Wehranlagen realisiert. Zudem sind ein Rückhaltesystem für Schwemmholz oberhalb der Dalmazibrücke oder eine Schwemmholzleiteinrichtung beim Tych in Planung. In Zusammenarbeit mit der Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie der ETH Zürich werden die Machbarkeit und die konkrete Umsetzung dieser Systeme geprüft. Sobald die Machbarkeit nachgewiesen und die Wirksamkeit geklärt sind, sollen die Massnahmen realisiert werden.

Auswirkungen des Entlastungstollens in Thun

Durch den neuen Entlastungstollen in Thun kann insbesondere die Erweiterung des Stauvolumens des Sees besser als Präventionsmassnahme genutzt werden. Bereits bei tiefem Seewasserstand können grössere Wassermengen aus dem Thunersee abgeleitet werden als dies bis anhin möglich war. Für Bern bedeutet dies, dass die Aare häufiger Wasser in den Bereichen bis 350 m³/s Wasser führen wird, wogegen die Hochwasserspitzen über 400 m³/s, welche ab dieser Menge für die Matte kritisch werden, weniger häufig eintreten sollten.

Die Steuerung des Gewässersystems Aare erfolgt auf Grund des Regulierreglements des Thunersees. Das heute gültige Regulierreglement wurde unter Einbezug der betroffenen Gemeinden und Organisationen erstellt und ist seit 1999 in Kraft. Ein ergänzendes Betriebsreglement zur Steuerung des neu zu erstellenden Entlastungstollens ist in Arbeit.

Negative Auswirkungen des Stollens Thun auf die Situation in Bern

Die Stadt Bern hat im Rahmen der Auflageverfahren des Entlastungstollens Thun ihre Rechte wahrgenommen. Die Mitwirkung bei der Ausarbeitung des neuen Betriebsreglements ist in Aussicht gestellt. Dieses Reglement wird u. a. die Bedingungen für tiefere Seepegel und die Öffnung des Stollens regeln. Dabei werden ebenfalls Kriterien festgelegt werden müssen, nach welchen der Stollen zum Schutz der Unterlieger wieder geschlossen wird. Wegleitend für die Arbeiten muss der Grundssatz sein, dass die Regulierung der Aare mit den einzelnen Regulierungsbauwerken letztlich dazu beitragen muss, den Schaden entlang der gesamten Aare so gering wie möglich zu halten. Dafür werden sich die Stadtvertretungen einsetzen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 8. März 2006

Der Gemeinderat